

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

45 (22.2.1912)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M., vierteljährlich 7,56 M.

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/12—1/41 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2850

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 7 1/2 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. & E. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Lokale Nachrichten: Hermann Rabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Initiativanträge.

Am letzten Samstag war die zehntägige Frist abgelaufen, innerhalb welcher im Reichstage Anträge eingebracht werden müssen, wenn sie als gleichzeitig eingebracht gelten sollen. Es sind nicht weniger als 159 solcher Anträge gestellt worden. Für einen Mathematiker des Parlamentarismus wäre es eine sehr interessante Aufgabe, einmal zu berechnen, wie lange der Reichstag bei äußerster Selbstbeschränkung und Kürze dazu brauchen würde, diese 159 Anträge sachgemäß zur Erledigung zu bringen. Da wir einstweilen auf Schätzungen angewiesen sind, wollen wir uns äußerst vorsichtig sein und annehmen, daß der ganze Stoff bei äußerstem Fleiß in etwa zehn bis fünfzehn Jahren aufgearbeitet werden könnte, vorausgesetzt, daß der Reichstag diese ganze Zeit über ununterbrochen tagte und sonst nichts anderes zu tun hätte. Nun weiß man aber, daß eine Legislaturperiode mitunter kürzer, aber nie länger als fünf Jahre dauert, ungefähr die Hälfte Ferien sind, während die andere Hälfte zu neun Zehnteln mit der Beratung von Regierungsvorlagen ausgefüllt wird. Nimmt man die Interpellationen dazu, deren jede einen oder zwei Beratungstage erfordert, so bleibt im verhältnismäßigen Arbeitsplan der Reichstag für die hundert- und neunundfünfzig Anträge aus der Mitte des Hauses ungefähr der Platz einer Nadelspitze übrig.

Es ist schon heute klar, daß aus den Initiativanträgen überhaupt nichts wird, wenn sich der Reichstag nicht eine andere Arbeitsmethode angewöhnt. Mit den sogenannten Schwerinstagen allein, die in den letzten Legislaturperioden immer seltener geworden sind, aber in der neuen hoffentlich doch wieder aufleben werden, ist es noch nicht getan. In solchen Tagen lassen sich höchstens Anträge erledigen. In Resolutionsform gefaßt sind, sobald die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, einen Entwurf vorzulegen, der auf diesen oder jenen Grundfragen aufbaut ist. Solche Willensäußerungen des Reichstags können unter Umständen ganz nützlich sein, sie sind aber noch keine eigentlichen Akte der Gesetzgebung. Ob ihnen die verbündeten Regierungen Folge geben, steht eben noch dahin. Nun sie es, wozu sie in vielen Fällen wohl erst durch eine weitläufige öffentliche Agitation genötigt werden können, dann muß die Vorlage erst in den zuständigen Reichsämtern ausgearbeitet werden, dann ist sie vom Reichstag in drei Lesungen zu erledigen und kehrt dann, meist in veränderter Form, in den Bundesrat zurück, der sich als zweiter Faktor der Gesetzgebung über ihre Gesetzgebung erst schlüssig zu machen hat.

Etwas anderes ist es, wenn der Reichstag über ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beraten hat, die aus seiner Mitte hervorgegangen sind. Dann hat er diese in drei Lesungen zu erledigen und liefert dem Bundesrat fertige Arbeit ab, die er annehmen oder verwerfen kann. Die Beratung solcher ausgearbeiteten Entwürfe nimmt aber naturgemäß wieder sehr viel mehr Zeit in Anspruch als der einfache Beschluß des Reichstags, an die Regierungen ein Ersuchen wegen Vorlegung eines bestimmten Entwurfs zu richten. Will der Reichstag aus eigener Kraft positive Arbeit verrichten, so wird er sich wohl oder übel zu diesem unständlichen Verfahren entschließen müssen. Er muß aber dann, um nicht nutzlos Zeit zu vertrödeln, sich auf die Beratung solcher Anträge beschränken, die wirklich wichtig sind und für deren Annahme wenigstens im Hause selbst Aussichten bestehen und er muß zweitens dafür sorgen, daß ihm die nötige Zeit gelassen wird, seine eigene Arbeit zu tun, statt bloß Kuliarbeit im Dienste der Regierung zu verrichten.

Bisher ist es üblich, daß der Reichstag sofort nach Hause geschickt wird, wenn er das von der Regierung ihm auferlegte Pensum erledigt hat. Dieses Pensum wird aber im deutschen Reichstag, zum Unterschied von den andern Parlamenten der Welt, einseitig von der Regierung bestimmt. In andern Ländern ist die Regierung der Arbeitsausschuß einer Parlamentsmehrheit, und die Entwürfe, die er einbringt, sind der Ausdruck des Willens dieser Mehrheit. Im deutschen Reich steht die Regierung dem Parlament als ein fremder, in gewissem Sinne sogar ihm entgegengesetzter Faktor gegenüber. Nicht der Wille der Mehrheit lenkt die Regierung, sondern umgekehrt, die Regierung lenkt den Willen der Mehrheit. Aus diesem unwürdigen Verhältnis der Abhängigkeit kann sich der

Reichstag nur dann befreien, wenn er sich die nötige Zeit und die nötige Ellenbogenfreiheit für seine eigene Initiative schafft.

Besteht nun Aussicht, daß der Reichstag aus der Flut der eingebrachten Initiativanträge die wichtigsten und aussichtsreichsten auswählt, sie zu Gesetzentwürfen ausarbeitet und ordnungsgemäß erledigt, sodaß bei Zustimmung des Bundesrats ihre Gesetzgebung noch in dieser Legislaturperiode erwartet werden kann? Man wird gut tun, über diese Frage nicht allzu optimistisch zu denken. Denn zur Erreichung dieses Zieles wäre es nötig, daß sich mehrere Parteien des Hauses zu einer selbstbewußten und eigenwilligen Aktionsgemeinschaft zusammenschließen, die den Verschleppungsversuchen der Minderheit erfolgreich begegnet, den Arbeitsplan des Reichstags autonom ordnet und stark genug ist, den Regierungen nötigenfalls ihren Willen aufzuzwingen.

Die Sozialdemokratie wäre unbeschadet ihrer selbstverständlichen, grundsätzlichen Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien durchaus bereit, von Fall zu Fall mit einzelnen Gruppen eine solche Aktionsgemeinschaft einzugehen. Aber es fehlt an Partnern für das Spiel. Das Zentrum kommt bei seiner heutigen reaktionären Beschaffenheit dafür gar nicht in Betracht, die liberalen Parteien aber, bei denen sich gelegentlich leise Regungen zum Bessern bemerkbar machen, reichen nicht an Mandatszahl und noch weniger an Energie und aufrichtigem Willen für eine so schwierige Arbeit aus.

Zunächst wird man schon froh sein müssen, wenn es gelingt, die notwendige Milderung der Geschäftsordnung durchzuführen, die in kürzester Frist erledigt sein kann und zu der es einer Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht bedarf. Schwieriger steht es schon mit dem Reichstanzler-Verantwortlichkeitsgesetz, obwohl auch für dieses eine ausreichende Mehrheit vorhanden zu sein scheint, noch schwieriger mit der neuen Wahlkreiseinteilung, die zwar im Interesse der liberalen Parteien liegt, die aber auch auf den stärksten Widerstand der Schwarz-Blauen und der Regierungen zu rechnen hat. Ueber das Schicksal der übrigen Initiativanträge, von denen uns natürlich die sozialpolitischen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion besonders am Herzen liegen, jetzt schon Prophezeiungen anzustellen, wäre müßig. Es geht aus dem schon Gesagten hervor, daß man wenig Anlaß hat, allzu hoffnungsfreudig in die Zukunft zu blicken.

Hundertzehn Abgeordnete sind bereit, positive Arbeit zu leisten. Sie würden aber leider nicht allzuviel ausrichten können, wenn zweihundertsechsbundachtzig andere ihre Hauptaufgabe darin erblickten, sie an dieser Arbeit zu hindern.

Aus einer kleinen schwarzen Garnison. Anmerkungen zum Prozeß Auer.

Der sozialdemokratische bayerische Landtagsabgeordnete Erhard Auer ist zu der für bayerische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung drei höheren Beamten der Verkehrsverwaltung, unter ihnen zwei Zentrumsabgeordnete, Amtsmißbrauch vorgeworfen hatte. Die Begründung des Urteils in diesem politischen Prozeß erinnert an andere Zeiten und andere deutsche Vaterländer; fast könnte man versucht sein, von einem Prozeß der neuen Ära in Bayern zu reden. Denn es handelt sich um einen Prozeß, in dem der Angeklagte weit mehr beweisen konnte, als er behauptet hat, und in dem gleichwohl das Gericht schließlich seine recht private und persönliche Auffassung verkündete, der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Um zu diesem Endergebnis der Verurteilung zu gelangen, bedurfte das Gericht verschiedener Hilfskonstruktionen, die juristisch durchaus nicht einwandfrei erscheinen. So nahm das Gericht in höchst ungewöhnlicher Weise an, daß Auers Selbstbestätigung, er habe in jener Versammlung auch Mißbrauch des Amtes zu persönlichem Vorteil vorgenommen, nicht den Tatsachen entspreche; so schied für das Urteil ein erheblicher Teil des in der Beweisaufnahme von dem Angeklagten vorgebrachten Materials aus. Ein weiterer Teil des Materials wurde dadurch erledigt, daß es für Privatangelegenheiten erklärt wurde. Die Beweisaufnahme selbst, die sich durch recht lange Sitzungen erstreckte, fiel bei der Urteilsbegründung fast völlig unter den Tisch; wo sich die Zeugenaussagen wider-

sprachen, folgte das Gericht einfach den Behauptungen der Nebenkläger, die zugleich in eigener Sache schwören durften. So stützte sich das Urteil zum Beispiel auf die sehr lidenhaften eidlichen Konstruktionen des Oberregierungsrats Frank, des in der Zentrumsparlei einflussreichen Abgeordneten und in der Verkehrsverwaltung als Frondeur mächtigen Beamten. Es ließ aber gänzlich unberücksichtigt die bedeutenden Aussagen des vormaligen Eisenbahnministers v. Frauendorfer, der am Tage seiner Aussage noch Minister war, 24 Stunden später aber nicht mehr. Endlich wurde das Urteil dadurch ermöglicht, daß das Gericht dem Angeklagten die Wahrung berechtigter Interessen absprach, obwohl er als einge-ladener Abgeordneter in einer Eisenbahnerversammlung pflichtgemäß für die Interessen des Verkehrsper-sonals eingetreten war.

Die juristische Haltbarkeit dieses Urteils wird in der Revision nachgeprüft werden. Man könnte vielleicht zugunsten des Gerichts annehmen, daß es nicht dem Disziplinerverfahren gegen die Beamten habe vorgreifen wollen, daß es darum den Wahrheitsbeweis noch nicht für gelungen erklärt, aber zugleich recht deutlich auf schwere Inkorrektheiten jedes der drei „beleidigten“ Nebenkläger hingewiesen hat, die die Einleitung eines Disziplinerverfahrens unabweislich machen. So wurde auf die Terrain Spekulationen des Oberregierungsrats Frank hingedeutet, die ohne die vorgeschriebene Genehmigung der Behörde erfolgt sind.

Unendlich wichtiger als die juristische Würdigung dieses Prozesses ist sein sachlich politischer Ertrag. Der Prozeß entrollte Sittenbilder der Zentrumskultur, aus jener nunmehr abgeschlossenen Zeit, da unter einem halb-liberalen Ministerium eine liberale Nebenregierung die Politik des Ministeriums zu durchkreuzen verstand. Die Durchsetzung der zentristischen Parteipolitik auf dem Verwaltungsweg verquidete sich nicht nur mit einer widerlichen Vetterleswirtschaft zugunsten der eigenen Freunde und einer niederträchtigen Verfolgungssucht gegen die Andersdenkenden, sondern die betriebliche Parteipolitik endigte schließlich in einem Spekulantenrum des persönlichen Vorteils, das darum nicht minder verkommen war, weil es nur bis zu einem kleinlichen und muffigen Fünfzig-Pfennig-Panama reichte. Schließlich enthüllte sich in dieser schmutzigen und ehrbar heuchelnden, auch ein Stück praktischer Sozialpolitik des Zentrums.

Der Prozeß ist letzten Endes aus dem Konflikt emporgewachsen, der zwischen dem Zentrum und dem vormaligen Verkehrsminister v. Frauendorfer bestand. Bevor noch der offene Angriff des Zentrums gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband und das Koalitionsrecht überhaupt erfolgte, versuchte man unmitttelbar, durch die Zentrumsbeamten in der Verkehrsverwaltung, der freien Gewerkschaft die Mitglieder abzujagen, indem man sie ebenso sehr wirtschaftlich benachteiligte, wie man die Mitglieder der „christlichen“ Organisation begünstigte. Zugleich förderte man auch die kapitalistischen Spekulanteninteressen, indem man die vom Minister geplante Wohnungsreform großen Stils von Grund aus demolierte. Wirke Frauendorfers Geist in einigen hohen Beamten des Verkehrsministeriums, so nistete das Zentrum in der Münchener Eisenbahndirektion, in der auch die drei Nebenkläger tätig waren, und von wo aus mit großem Erfolg die Politik des Ministers gehemmt und vereitelt wurde.

Von dem jetzt verurteilten Genossen Auer war die erste Anregung ausgegangen, daß die Eisenbahner das auf ihnen besonders schwer lastende Münchener Wohnungs- elend durch Gründung von Pausenoffenschaften überwinden sollten. Als der Gedanke einmal in Eisenbahnerpersonal Wurzel gefaßt, begünstigte der Minister auf alle Weise seine Ausführung. Ihm schwebte als Ziel vor, daß die Arbeiter und kleinen Beamten der Eisenbahnverwaltung tatsächlich billige, behagliche, geräumige und schöne Wohnungen, Seinsstätten, erhielten. Er stellte Staatsgelände zur Verfügung und half auch durch Vermittel. Die Münchener Eisenbahner, die sich zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen, erhielten einen geräumigen Komplex und es war eine weitläufige lustige Bebauung geplant. Da aber in der Genossenschaft zwar feinerlei Partei- oder Gewerkschaftspolitik getrieben wurde, aber der Süddeutsche Eisenbahnerverband die Führung hatte, riefen geheimnisvolle Hintermänner eine Konkurrenzgenossenschaft der „Christen“ ins Leben, die nun auf alle, nur auf keine ästhetische Weise gefördert wurde. Der Minister und besonders sein charaktervoller Ministerialrat Auer erkann- ten wohl, worauf diese Manöver hinausliefen. Aber Herr v. Frauendorfer aab sich dem Wahn hin, er könnte sich

ber Berathung... die geplante weitere Verschlechterung des Wahlrechts, Vorlage einer neuen Gesandtschaftsordnung usw.

insbesondere durch den neuen Steuerartik, die geplante weitere Verschlechterung des Wahlrechts, Vorlage einer neuen Gesandtschaftsordnung usw.

Der Protest gegen die Wahl des Abg. Köhler ist jetzt an den Reichstag eingereicht. Der Wahlprotest ist unterzeichnet von: Josef Köhler, Stadtrat, Josef Behrens, Redakteur, Josef Friedmann, Rechtsanwalt, Josef Behler, Rechtsanwalt, Gustav Roth, Buchhändler, Wilhelm Goyerer, Zimmermeister, Jakob Schulz, Kaufmann.

Badischer Landtag. Zweite Kammer.

Das Budget der Künste und Wissenschaften gehört zu den neutralen Gebieten und bietet deshalb gewöhnlich keinen Anlaß zu bemerkenswerten Debatten. Die finanziellen Aufwendungen, die Baden für Kunst und Wissenschaft leistet, sind im Hinblick auf die sonstigen erheblichen Ausgaben immerhin nicht ganz unbeträchtliche.

Badische Politik.

Zur Landtagsersatzwahl in Lothar-Land.

Die der „Bad. Beobachter“ mittelt, findet am 25. Februar eine Vertrauensmännerversammlung der konservativen Partei statt, um sich über die Person ihres Kandidaten für die Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Lothar-Land schlüssig zu machen. Diese Mitteilung läßt ohne Zweifel den Schluss zu, daß das Zentrum wie bei der Wahl im Jahre 1909 auch diesmal wieder den konservativen Kandidaten unterstützt.

Der politische Kampf im Gerichtssaal.

Radolfzell, 20. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht standen in dessen letzter Sitzung drei Verleumdungsklagen gegen den bisherigen Redakteur des hiesigen Zentrumsblattes „Freie Stimme“, Herrn Trunt, zur Verhandlung. Zwei dieser Klagen waren von dem Landtagsabgeordneten Schmid in Eningen wegen verschobener im Wahlkampf vom Oktober 1911 gegen ihn erhobener Verleumdungen des genannten Blattes angestrengt worden.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Abg. Geß, der es lebhaft bedauerte, daß dem Staate zurzeit leider nicht in genügendem Maße die finanziellen Mittel zur Förderung der Kunst zur Verfügung stehen.

Minister Dr. Böhm stellte in bezug auf den Verlauf der öffentlichen Sammlungen seitens einzelner Korporationen auch gestern wieder das weitgehendste Entgegenkommen in Aussicht. Den privaten Vereinigungen für Förderung der Kunst ist die Regierung sehr dankbar.

Karlsruhe, den 21. Februar.

23. Sitzung. Präsident Rohrbach eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Budget des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Ausgaben Titel 4 Wissenschaften und Künste, Ausgaben Titel 5 und 6 Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen; Veranschlagte und zufällige Ausgaben.

Der Vorsitzende machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Es ist uns ein Schreiben des Finanzministeriums zugegangen, in welchem der Minister mitteilt, daß er bereit ist, die Intervention der Abg. Nebmann und Gen., die Vervollständigung des Eisenbahnbudgets betr., jederzeit zu beantworten.

Cheater und Musik.

Hoftheater.

Schon sind die Straßen wieder von ihrer Konfetti-Decke befreit, — das Alltagsleben geht wieder seinen geregelten Gang und nichts gemahnt mehr an den bunten Trübel der Faschingslust, als nur vereinzelte Papierballen, die von den Drähten der „Elektrischen“ oder von Ballonen und Firmenschildern herab lustig im Winde flattern.

Der verbotene Kahn vor einem sehr gut besuchten Hause auf. Der schöpft Stöckpöck aus dem Innenleben seiner eigenen Wieder schöpft Stöckpöck aus den Gegensätzen ihrer Parteinrichtungen; Landsleute und aus den Gegensätzen ihrer Parteinrichtungen; nur stellte er bisher Stammeskämpfer und französisierende „faciens“ gegenüber, während er diesmal mehrere Elsäßer und norddeutsche Beamten in den Mittelpunkt seiner Handlung rückt und daß sich aus diesen scharfen Gegensätzen manch bösenwirksamer Konflikt schalen läßt, ist bei der beschriebenen Art der Norddeutschen, aus jedem Fleckchen Erde eine Flanzstätte rein preußischer Kultur machen zu wollen, leicht erklärlich.

seiner Familie abgehalten ist, vor Mitte nächster Woche an den Verhandlungen des Hauses teilzunehmen. Ich glaube in Ihrer aller Wunsch zu handeln, wenn ich den Abgeordneten bei seinem schwereren Verluste, von dem er betroffen worden ist, die Teilnahme des ganzen Hauses zum Ausdruck bringe.

Abg. Geß (Soz.): In der Sitzung vom 14. Februar habe ich eine Stelle aus einem Briefe des Direktors der Realschule in Offenburg an den Vater einer Schülerin der dortigen höheren Töchterschule vorgelesen, bei der von dem unfittlichen Verkehr zwischen Schülern und Schülerinnen die Rede war.

Abg. Vogel-Mannheim (F. Bp.) berichtete namens der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1912 und 1913, Titel 4 der Ausgaben: Wissenschaften und Künste.

Der Vorsitzende machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Es ist uns ein Schreiben des Finanzministeriums zugegangen, in welchem der Minister mitteilt, daß er bereit ist, die Intervention der Abg. Nebmann und Gen., die Vervollständigung des Eisenbahnbudgets betr., jederzeit zu beantworten.

Der Haupttag, der Fastnachts-Dienstag, brachte für die Jugend und die Kleinen vormittags die Geschichte von den bösen Buben „Max und Moritz“ mit darauffolgender „Puppenfee“.

Von der Karlsruher Hochschule. Von der badischen Technischen Hochschule Fredericiana Karlsruhe wurde dem ordentlichen Professor an der kgl. Technischen Hochschule in München, Geh. Hofrat Franz Kreuter in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Ingenieurwesen, insbesondere auf dem Gebiete des Wasserbaues, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Seite 2. (Continuation of text from previous page)

Seite 3. (Continuation of text from previous page)

Abg. Pfefferle (natl.): Im Hinblick auf die Beträge, welche für die drei Hochschulen unseres Landes ausbezogen werden, darf man die in dem vorliegenden Budget angeforderten Summen als gering bezeichnen. Die Mittel, welche hier aufzuwenden, liegen im Interesse des Landes. Die Werke, welche geschaffen werden, sind jedermann zugänglich und tragen zur Erhöhung des Wissens bei. Im Lande draußen sind eine Reihe von Sammlungen, welche der staatlichen Unterstützung bedürfen. Für die Erhaltung der alten Baudenkmäler muß mit allen Mitteln eingetreten werden. Die Regierung möchte ich bitten, die Bestrebungen des Vereins für Heimatschutz und die Bestrebungen auf Vogelschutz weitgehend zu fördern.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Die Positionen des vorliegenden Budgets erregen nicht nur keinen Widerspruch, sondern es erheben sich von allen Seiten Stimmen, sie zu erhöhen. Tatsächlich sind die Mittel für die zu erfüllenden Aufgaben zu gering. Es sind uns aber hier durch die finanziellen Verhältnisse Grenzen gezogen, über die wir nicht hinausgehen können. Es ist erfreulich, daß die Zeitschriften historischen Charakters Unterstützung finden.

Dem Urteil des Berichterstatters über den Artikel in den Neujahrsblättern der historischen Kommission kann ich mich nicht anschließen. Ein solcher Ausdruck paßt in polemische Zeitschriften, nicht in eine historische Arbeit; sie entspricht auch nicht dem Stande der wissenschaftlichen Aufgabe eines Historikers. (Zustimmung beim Zentrums.) Der Redner verteilte hierauf verschiedene Wünsche bezüglich mehrerer Baudenkmäler in seinem Wahlkreis und hielt die Sicherung, Schätzung und Erhaltung der Baudenkmäler für eine notwendige Aufgabe des Staates.

Abg. Kuhlmann (natl.): Es ist erfreulich, daß das Budget für Kunst und Wissenschaften jährlich eine Subvention von 3000 M. für die Kunstaussstellung in Baden enthält. Mit der Freude über diese Tatsache verbinde ich den Dank an die Großregierung, dafür, daß sie seit Bestehen der Ausstellung dieser ihre Unterstützung zugewendet hat. Dank verdient aber auch der ihre Unterstützung zugewendet hat. Dank verdient aber auch den Regierungen ausgezeichnete Verdienste erworben hat. Die Kunstaussstellung nicht erschöpfen zu lassen und dieselbe in noch weiterer Weise zu fördern. Damit wird dann die Ausstellung in der Lage sein, badische Künstler noch mehr wie bisher durch den Ankauf von Bildern zu berücksichtigen. Man muß nicht der amerikanischen Gewohnheit folgen, hauptsächlich die Werke vornehmer Meister anzukaufen. Wenn wir die Kunst fördern, leisten wir ein gutes Stück wahrer Volkserziehung, für die wir immer gerne die Mittel zur Verfügung stellen.

Abg. Venedy (Fr. Sp.): Von dem Berichterstatter wurde eine Reihe von Wünschen vorgetragen, die ich schon auf dem letzten Landtag vertreten habe und heute wieder unterstützen möchte. Ich halte es für zweckmäßig, wenn in den Bildergalerien an den Gemälden die Namen der Meister und die Bezeichnung angegeben sind. Die große Masse der Besucher solcher Galerien sind nicht in der Lage, sich einen Katalog für 2 M. zu kaufen. Auch der Wunsch, die jüngeren Künstler mehr zu unterstützen, ist vollkommen berechtigt. Viele, die keine wohlhabenden Eltern besitzen, müssen eine schwere Schule der Entbehrung durchmachen, und gerade in der besten Zeit ihrer Schaffenskraft. Man sollte deshalb bei dem Ankauf von Gemälden auf die jungen Künstler Rücksicht nehmen. Für sehr zweckmäßig halte ich es, eine Zentrale für alle künstlerischen Angelegenheiten und Bestrebungen ins Leben zu rufen, eine Art Kunstrat, der der Regierung in künstlerischen Fragen beratend zur Seite steht. Eine solche Zentrale müßte ihre Aufgabe auch darin sehen, die treibende Kraft auf dem Gebiete der Kunst zu sein, um dadurch auf das Leben des Volkes im Sinne der Kunst einzuwirken und dieser die breiten Massen der Bevölkerung zuzuführen. Es würden dadurch auch künstlerische Bestrebungen mehr zur Geltung kommen in den Gemeinden bei der Erstellung und der Ausschmückung von Bauten. Auf dem Gebiete der Kunst ist zum Schaden der geistigen Bildung unserer Nation in dieser Beziehung zu wenig getan worden. Die Zentrale würde auch segensreich wirken, wenn sie für das ganze Land geltende Gesichtspunkte aufstellen würde.

Abg. Geyl (Soz.): Auch ich bedauere es, daß im Etat zur Förderung der Kunst so wenig Mittel zur Verfügung stehen und daß wir die Hoffnung für eine Besserung der Verhältnisse

auf die Zukunft setzen müssen. Die Kunst muß der Allgemeinheit mehr zugänglich gemacht werden. Dabei kommt die Frage der Zentralisation und Dezentralisation in Betracht. Es handelt sich dabei, ob alles in großen Landesmuseen zusammengestellt werden soll, oder ob man dislozieren will. Die Werke sollten dahin kommen, wo sie entstanden sind. Es hat den Anschein, als ob die Regierung die einzelnen Museen wieder mehr fördern und ihnen mehr Material zuwenden will als bisher. Es muß die Möglichkeit eines leichteren Verkehrs zum Besuch der Museen geschaffen werden. Man müßte den Schulen dazu Freifahrt geben und in den Galerien für die nötige Unterweisung ohne große Kosten sorgen. Das kunstgewerbliche Museum hier hat sich als zu klein erwiesen. Es sollte ein Museum hergestellt werden, das des Staates und der Residenz würdig wäre. Damit würden alle Miststände beseitigt werden. Erfreulich ist es, daß man Hilfsmittel hinausgibt an die einzelnen Städte für die Aufklärung und Belehrung über die Baudenkmäler. Wünschenswert ist es, wenn dadurch entsprechende Führer für die Schulen geschaffen werden. Offenbar hat zwei Kunstdenkmäler, die dem Verfall nahe sind, aber im Hinblick auf ihren künstlerischen Wert erhalten werden sollten. Das eine derselben ist das Wilsionskreuz, das andere eine plastische Darstellung der Gefangennahme Christi. Hier sollte zur Erhaltung der Staat eingreifen. Die Tätigkeit des Konservators Geh. Rats Wagner auf Erhaltung der Baudenkmäler verdient volle Anerkennung. Zum Schluß möchte ich noch eine Art Mißbilligung aussprechen über die Art, wie eine gewisse Kunst durch die Aufstellung abscheulicher Reklameplakate in Feldern und anderen Grundstücken sich breit macht. (Zustimmung.) Es ist das geschmacklos und sollte verhindert werden. (Zustimmung.) Wünschenswert ist die Förderung der Herausgabe der Oberbadischen Geschlechterbücher durch die Regierung. Als ein erfreuliches Zeichen darf es angesehen werden, daß auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes an der historischen Forschung mitgearbeitet wird.

Minister Dr. Böhm: Viele Ausgaben müssen zurücktreten, weil dazu die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Wir würden gerne alle Wünsche erfüllen, aber wir müssen uns nach den finanziellen Verhältnissen richten. Wenn trotz der verhältnismäßig geringen Mitteln Großes geleistet wird im Interesse der Kunst, so ist das nur möglich, weil alle Kreise des Volkes und vor allem die Städte daran mitarbeiten und Opfer bringen. Meinen Standpunkt bezüglich der Anbringung der Bezeichnung an den Bildern habe ich in der Kommission bereits darzulegen. Die Namen der Meister befinden sich an allen Bildern und bei den Bildern selbst weiß man doch meistens, was sie bedeuten. (Gehehelt.) Führungen durch die Galerien haben stattgefunden und sie werden auch fernerhin stattfinden, wenn Anmeldungen hierfür rechtzeitig erfolgen. Es ist auch wieder die Frage der Zentralisation und Dezentralisation erörtert worden. In dieser Beziehung muß man vorsichtig vorgehen und unterscheiden zwischen den großen Sammlungen für das ganze Land und den Sammlungen, welche eine Bedeutung für die Gemeinden haben. Die großen Sammlungen haben die Aufgabe, ein Bild der Entwicklung der Kunst im ganzen Lande zu geben. Der Plan, ein großes Sammlungsgebäude hier zu errichten, ist seiner Bewirklichkeit näher gekommen als schließlich der Frage der Verwertung des freiverbundenen Bahnhofsgebäudes. Auf einem Teil dieses Geländes soll ein badisches Sammlungsgebäude erstellt werden. Ein Projekt hierfür ist bereits ausgearbeitet, nur fehlen dazu noch die nötigen Gelder. (Gehehelt.) Bei der Bewilligungsbereitschaft des Hauses aber ist wohl zu erwarten, daß die Mittel später bewilligt werden. Es sind verschiedene Einzelwünsche vorgetragen worden, u. a. daß jüngere Künstler mehr unterstützt werden sollen, um auch Rechnung getragen. Der Vorschlag Venedys, eine Zentrale zu gründen, ist in seiner Tendenz so, daß ich mich mit ihm einverstanden erklären kann. Die Regierung wird die Kunst in jeder Weise fördern, die Kunst eignet sich aber nicht für eine zentrale Behandlung. Die Regierung hat stets versucht, anregend zu wirken und deshalb die Bezirksämter veranlaßt, den Gemeinden mitzuteilen, daß ihnen zur Beratung von Kunstfragen entsprechende Instanzen zur Verfügung stehen. Mit Bezug auf die Ausführungen über die historische Kommission sind auch die Neujahrsblätter erwähnt worden. Der erwähnte Ausdruck hätte in dem in Frage kommenden Artikel wohl wegzublassen sein können. Wäre er aber weggelassen worden auf Kosten der Frische und Lebhaftigkeit dieses Artikels, der

Wahl-Humor.

Am Tage der Hauptwahl führte ein biederer Vorortswohner von Stuttgart einen Esel durch die Straßen der Hauptstadt Schwabens, der rechts und links ein Plakat trug: „Ich und mein Freund wählen Mühlberger!“ Der Oberbürgermeister Mühlberger war der „nationale“ Sammelkandidat gegen die Sozialdemokratie. Der langjährige Freund der bürgerlichen Kandidatur erregte teils förmliche Heiterkeit, teils grimmen Born. Von staatsbehaltender Seite wurde die hohe Polizei gegen den Esel mobil gemacht, das Telephon spielte zwischen Polizeidirektion und Parteileitung, aber dem Esel gegenüber versagten alle Gesetze, und Polizeivorwächtern. Den harmlosen Grauschnimmel wegen seiner Sinnigkeit zur staats-erhaltenen Kandidatur zu arretieren, ging nicht gut an, denn höchst geistig und fromm zog er seines Weges fürbach, während die Wahllautlos der bürgerlichen Parteien Leib und Leben der Straßenpassanten gefährdeten. Schließlich fand sich aber doch ein Schutzmann, der sich betreten fühlte, den Staat zu retten. Er verlangte, daß dem Esel die Plakate abgenommen würden, andernfalls . . . usw. Dem biederen Manne aus dem Vorort blieb schließlich nichts anderes übrig, als daß Eselbot der hohen Obrigkeit zu respektieren. Kurz entschlossen nahm er dem Esel die Plakate ab und hing sie sich selber um, eins auf den Büdel und eins auf die Brust. So zog er, den Grauschnimmel zur Seite, seines Weges weiter. Das Publikum jauchzte vor Vergnügen, der Polizist aber verschwand eilends in eine Nebenstraße.

In einem mittelgroßen Orte Schwabens beabsichtige der aus Dilettanten bestehende „Musikverein“ das Referat des sozialdemokratischen Redners mit schmelzenden Weisen zu begleiten und so das rote Gift unwirksam zu machen. Der Referent, in seinen Aufstufen selber passionierter Trompetenbläser, hörte auf dem Wege zum Versammlungstisch die wackeren Musikanten in ihrer Stammkneipe musikalischen Probelärm tollführen. Eine kleine Keibeschäftigung konnte dir nicht schaden, dachte der rote Referent, trat ein, ah und trant, unterhielt sich leutselig mit den „Verschworenen“, trompetete ihnen auch sein

Leibkied vor und zog dann mit den lieben Kunstgenossen zur Versammlung, allwo er bekannt gab, daß der hochgeehrte Musikverein es sich zur Ehre anrechnen würde, die Versammlung mit einer Probe seiner Kunst eröffnen und schließen zu dürfen. Die ob solcher Hochachtung ganz gerührten Musikanten bliesen denn auch mit heiliger Begeisterung in ihre Wechsinstrumente hinein, zur freudigen Erbauung der Versammlung. In seinem Referat hat dann der Redner auch der Frau Musikta und ihrer wackeren Jünger rühmend gedacht. Nachdem er unter großem Beifall der Versammlung und insbesondere der Musikanten geendet hatte, hat der Musikverein zu Ehren des Referenten noch eins geblasen: und die ältesten Leute sagten, so eine schöne Wahlversammlung mit so harmonischem Ausgang hätten sie noch niemals mitgemacht.

Mebel beraten war ein „nationaler“ Kandidat, der sich mit einem braven Bauernschultes (Dorfbürgermeister) auf ein Turnier im Weinritzen einließ. Der Herr Kandidat glaubte seine Wahl dadurch fördern zu können, daß er die Würdenträger des Dorfes ins Herrenstübchen des „Löwen“ oder des „Stirsen“ bitten ließ, sie dort mit schäßlichem Landwein, Zigarren und nationalen Phrasen regalierte und sie dann als seine Landsknechte verpflichtete.

In einem Dorfe nahm aber dieser Kampf mit „geistigen Waffen“ für den Herren Kandidaten ein schmähliches Ende. Den Schultes, einen ehren- und trinkfesten Mann, wärmte diese Einschätzung seiner Gesinnung seitens des Kandidaten nicht wenig, doch verließ er seinen Groll und ließ den Kandidaten schwächen. Dabei verjammerte er aber nicht, dem begeisterten Redner kräftig zugutrufen; andererseits füllte sich auch der Kandidat gedungen, dem schweigenden Schultes mit dem Wein Begeisterung einzuschößen. Also trant der Kandidat dem Schultes wieder zu. Das war ein heißer Kampf, bis der „nationale“ Kämpfer gegen die Sozialdemokratien, dem Schultes niedergezwungen, selig unterm Tisch ruhete. Im Aufstich auf einem Wund Stroch träumte er weiter von glorieichen Siegen über den „roten Drachen“.

Am Wahltag fiel er mit großem Erfolge durch.

eine ausgezeichnete Arbeit ist, so wäre das zu bedauern gewesen. Der Verfasser wollte niemanden beleidigen. Eine Veränderung in der Zusammensetzung der historischen Kommission, wie sie von dem Abg. Schofer angedeutet wurde, halte ich nicht für zweckmäßig. Ein Programm hinsichtlich der Restaurierung von Baudenkmälern kann die Regierung nicht aufstellen, da sie immer wieder Änderungen ergeben. Den Wünschen, welche sich auf den Vogelschutz, die Erhaltung alter Baudenkmäler und den Vogelschutz beziehen, wird die Regierung, soweit dies möglich ist, Rechnung tragen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Mousch (Soz.) und nach einem Schlußwort des Berichterstatters Vogelmannheim (Fr. Sp.) wurde in die Spezialberatung eingetreten, in welcher die Abg. Will (Soz.), Wittmann (Zentr.), Kessler (natl.), Kahn (Soz.), Neuwirth (natl.), Weisshaupt (Zentr.) und Vogelmann (Fr. Sp.) eine Reihe von Spezialwünschen aus ihren Wahlkreisen vertraten, deren Prüfung von Seiten des Ministers Dr. Böhm zugezogen wurde. Darnach fanden sämtliche Positionen Annahme, ebenso nach einem kurzen Bericht des Abg. König (natl.) die Anforderungen für außerordentliche Belohnungen und Beihilfen, sowie für verschiedene unfällige Ausgaben.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1/10 Uhr. — Landwirtschaftsbudget.

Aus der Partei.

Antisemitismus- und Redakteurstrafe. Als im Herbst v. J. Genosse Redakteur Dahl von der Exorzier „Tribüne“ nach Verbüßung einer wegen Preßergehen erhaltnen Gefängnisstrafe wieder in die Freiheit zurückkehrte, wurde er von einem Arbeiter auf der Straße mit einem Hochruf empfangen. Der Arbeiter erlaubte sich eine Anklage wegen groben Unfugs und der Antisemitstrafe, die Vermerkung, es könne dahingestellt bleiben, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen sei.

Die „Erfener Arbeiter-Zeitung“ war empört über eine solche Vermerkung und beantwortete sie damit, daß sie sich nicht rufen lassen würde. Einem aus dem Gefängnis entlassenen Antisemiten zuzujubeln würde allerdings in den meisten Fällen eines Staatsbürgers unwürdig sein.“ Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung des Erfurter Antisemiten Grohmann. Vor der Erfener Strafammer wurde festgestellt, daß Grohmann seinerzeit die abenteuerliche Verurteilung wirklich getan hatte. Der angeklagte Redakteur Genosse Heumann berief sich deshalb auf § 198 St.G.B. (Wahrung berechtigter Interessen); das Gericht verurteilte ihn aber unter Verurteilung des Schutzes des § 193 zu zweihundert Mark Geldstrafe.

Kein „Mißfiel“. Während des Jenaer Parteitages im September v. J. veranstalteten eine Anzahl Studenten, vermuthlich Söhnen reicher Väter, Würschchen, die wohl noch nicht nötig hatten, mit ihren Händen ein Stüchchen Brot zu verdienen, zur Verköstigung der Sozialdemokratie und der Vertreter der Arbeiter einen Umzug, bei dem ein Hausen Müll — der den Grad der Bildung dieser Studenten charakterisierte — eine Rolle spielte. Die Folge waren Meinereien zwischen Studenten und Arbeitern und eine heftige Reiberei, in der auch der Student Wubendy das Wort ergriff. Auf der Gegenseite fiel das Wort „Mißfiel“, durch das sich Wubendy beleidigt fühlte. — Am Montag wurde nun der Genosse Drefcher, der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, vom Jenaer Schöffengericht wegen Beleidigung zu vierzig Mark Strafe verurteilt. — In den Augen der organisierten Arbeiter sind und bleiben die Arrangements des studentischen Miszuges in Jena „Mißfiel“.

Gewerkschaftliches.

Aufruf zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Der Vorband des Bergarbeiterverbandes richtet an die Arbeiterschaft Deutschlands folgenden Aufruf:

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen in einer Bewegung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Berechtigung dieser Bewegung wird von keinem sozial und gerecht denkenden Menschen bestritten werden können. Gewerkschaften und soziales Denken war aber bisher bei den Bergbauunternehmen nicht zu finden. Die Vergangenheit hat dafür Beispiele genug. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter, um ihre billigen Forderungen zur Geltung zu bringen, leider gezwungen sein werden, zum Kampf auszuholen zu müssen. Nicht aus Lust am Kampf machen die Bergarbeiter sich mit diesem Gedanken vertraut, sondern weil ihnen keine andere Möglichkeit bleibt, ihre billigen Forderungen durchzubringen.

Jedenfalls rechnen auch die Unternehmer schon mit dem Ausbruch eines Kampfes. Es wird nämlich dem Bergarbeiterverband gemeldet, daß sich in verschiedenen Teilen Deutschlands Agenten aufhalten, um Arbeitskräfte fürs Ruhrgebiet anzuwerben. Diese Agenten geben an, die gemordeten Leute sollen zu Erdarbeiten verwendet werden. Glänzende Versprechungen bezüglich des Lohnes werden ihnen gemacht. Hat ein Agent einen Trupp Leute zusammengebracht, dann geht die Fahrt nach dem Ruhrgebiet. Untermweg verzwinkt der Bergarbeiter und ein anderer übernimmt die weitere Begleitung des Transports. In der Regel ist der neue Begleiter ein Grubenbeamter, der die Leute bis zur Grube bringt, wo die „Erdarbeiten“ verrichtet werden soll. Von den gemachten Versprechungen wird nichts gehalten. Die Agenten sind den Grubeneinrichtungen meistens „unbekannt“. Was diese gesagt haben, davon nimmt sich keine Rechenschaft etwas an. Mittellos und allen Launen preisgegeben, stehen die Leute da. Man denke sich nun den Ausbruch des Kampfes! Es wird dann von den Leuten verlangt, daß sie Streikbrecher werden.

Wir können nur allen Arbeitern Deutschlands bringen, sämtliche Bergbauvereine, vor allem aber das Ruhrgebiet, zu weichen. Man beachte das und übe Solidarität! Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat es wieder auf ihre organisierten Angestellten abgesehen. Im Dortmunder Bezirk ist schon wieder eine Maßregelung vorgenommen. Der Vorsteher des Dortmunder Zweiggeschäftes will im Verlauf von drei Monaten alle alten Einnehmer hinauswerfen und durch junge Leute ersetzen, die mehr einbringen müßten.“ Wer,

Aus dem Lande.

Kastatt.

Unsere letzte Bürgerauschussung beschäftigte sich mit der Anstellung eines Direktors für die hiesigen Volksschulen. Der bisherige Direktor hat die Stelle bis jetzt im Nebenamt versehen, nach § 31 des neuen Schulgesetzes ist dies nicht mehr zulässig. Der Gemeinderat beantragte, daß ein Akademiker als Direktor der gesamten Volksschule einschließlich der Töcherschule angestellt werde. Eine Anzahl Ausschussmitglieder dagegen beantragten, daß für die Volksschule ein Hauptlehrer als Direktor und für die Töcherschule ein Akademiker als Direktor angestellt werde. Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Entschluß, die Abstimmung zu vertagen bis mit dem Unterrichtsministerium nochmals verhandelt sei. — Der Dienstvertrag des Herrn Sparassentrollenrath Ruhn wurde ohne Debatte genehmigt. — Für den in den Ruhestand versetzten Herrn Spitalverwalter Nehm hatte der Gemeinderat einen Ruhegehalt von 300 Mk. beantragt. Da dies zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, meinte Herr Vetter, der neue Spitalverwalter, der frühere Gemeindevorsteher Oberly, der eine schöne staatliche Pension beziehe, solle von seinen 1000 Mk. Gehalt 300 Mk. abgeben, damit man Herrn Nehm eine höhere Pension geben könne. Der Bürgermeister aber erklärte, der neue Verwalter bekomme mehr Arbeit, man könne ihm deswegen nicht weniger Gehalt geben. Unseres Wissens nach bekommt aber der neue Verwalter weniger Arbeit, denn das Rechnungswesen ist jetzt dem Verwalter abgenommen und der Stadtkasse übertragen worden. — Die übrigen Punkte, einige Verpachtungen, wurden debattelos genehmigt. Hierauf erfolgte noch eine vertrauliche Besprechung betreffs eines Zuschusses zur Büchlerschen Realschule. Die Leitung der Schule hatte um einen Zuschuß gebeten. Vernünftigerweise aber wurde dieser abgelehnt. Wenn die Schule, trotzdem sie einen guten Ruf aufweist, finanziell nicht rentiert, so kann doch unter keinen Umständen die Stadt Kastatt, die heute noch Schulgeld für die Volksschule erhebt, aus städtischen Mitteln das Defizit decken.

Geistliche Prügelpädagogik. In welcher roher Weise Religionsunterricht erteilt werden kann, mußte der 12jährige Sohn des Privatiers Aman hier erfahren. Der Anabe wurde von einem hiesigen Kaplan regelrecht verprügelt, sodaß der Rücken breite, rote und blaue Striemen zeigte. Der Junge wird einen schönen Begriff von christlicher Liebe bekommen haben. Der Vater hat Strafantrag gestellt. Hoffentlich wird der prügelnde Kaplan gründlich belehrt, daß auch er feig ist hat, Kinder zu mißhandeln.

Offenburg.

Sozialdemokratischer Verein. kommenden Samstag Abend findet im hinteren Lokale Mundinger eine Versammlung statt, worauf wir die Mitglieder und solche, die es werden wollen, aufmerksam machen. Die Versammlung wird sich nochmals mit der Stadtvorordnetenwahl beschäftigen. Es ist deshalb Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Insbesondere aber mögen die Kandidaten zu den Bürgerauschüssen anwesend sein. Auch die anderen Punkte sind wichtig genug, der Versammlung anzuhören.

Auf den Vortrag, welchen Oberbürgermeister Hermann am Freitag Abend in der „Mickelhalle“ über „Das neue Wahlverfahren“ abhält, möchten wir nochmals hinweisen. Der Vortrag wird hauptsächlich die technische Seite der neuen Gemeindevorwahl behandeln.

Eine Wählerversammlung zu den Bürgerauschüssen wird die sozialdemokratische Partei am Samstag, 2. März, in der „Mickelhalle“ abhalten. Die Genossen Ged und Wonsch werden sprechen.

Aus der Sophienstiftung werden die Erträge, drei Kisten mit je 516 Mk., demnächst zur Verlosung gelangen. Käufer solcher Kisten, welche das badiische Staatsbürgerrecht besitzen und seit 10 Jahren ihren Wohnsitz hier haben, sind zugelassen. Ein guter Lebenswandel und Bedürftigkeit wird ebenfalls verlangt. Anmeldungen sind bis 1. März einzureichen.

Die vielgerühmte Frömmigkeit der Post zeigte sich dieser Tage wieder in bestem Lichte durch eine von Mannheim aufgegebene Postkarte mit der Adresse: A n d i e S t a m m t i s c h e G e s e l l s c h a f t i m „E n g e l“ i m m i t t e l b a d i s c h e n S o d o m u n d G o m o r r h a. Der fortierende Beamte verschah die Karte sofort mit dem Klausstempel „Offenburg“ und er hatte das Richtige getroffen, sie kam noch am gleichen Abend in die Hände der Adressaten.

Müsch, 21. Febr. Dieses Mal scheint der prügelstüchtige Diener Gottes doch nicht so leicht davon zu kommen wie im vorigen Jahre. Damals erhielt er bekanntlich einen Verweis, von dem aber merkwürdigerweise die Klage führenden Eltern keine Kenntnis erhielten. Die Behörde hat bei solcher, wir wollen mal sagen Vergeßlichkeit, ganz und gar keine Rücksicht, sich zu beklagen, wenn die Bevölkerung dann auf den Klagen gekommen ist, daß mit zweierlei Maß gemessen wurde, daß man den Prügelpädagogen im geistlichen Gewande für all sein Tun und Treiben straflos lassen würde, während man gegen andere „gewöhnliche“ Leute mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgehe. Dieses Mal scheint aber die Sache ihren richtigen, gesetzlichen Verlauf zu nehmen. Auf heute Abend sind die Väter der von dem das Wort Gottes lehrenden geistlichen Religionsdiener geschlagenen Mädchen auf das Rathaus zum Verhör geladen. Außerdem wurden die Eltern der Mädchen benachrichtigt, daß diese am heutigen Donnerstag nicht in die Schule dürfen, sondern daß sie heute Morgen ebenfalls auf das Rathaus müssen zum Verhör durch die Gendarmerie. Am Freitag kommt der Untersuchungsrichter zur Untersuchung der Angelegenheit. Es wäre eine Erlösung für die Gemeinde, wenn endlich einmal durch ein energisches Vorgehen der Behörde gegen Herrn Selzer Ruhe und Frieden geschaffen würde. Es sei nur zur Charakterisierung des Verhaltens des Pfarrers in der Gemeinde hebenbei darauf hingewiesen, daß z. B. Herr Selzer trotz wiederholter Bestrafung wegen Radfahrens ohne Licht in der Nacht trotzdem ruhig sich der Uebertretung des Verbots weiter schuldig macht. Sechsmal ist er bis jetzt aufgeschrieben worden, weil er nachts ohne Licht durch die Straßen fuhr. Das sieht doch fast aus wie eine Provokation. Andererseits mußte aber vor circa 8 Wochen ein Arbeiter, der in schwerer Trunkenheit dem Pfarrer eine Beleidigung sagte, 50 Mk. zahlen, eine gewiß hohe Strafe, wenn man berücksichtigt, daß der Arbeiter erklärte, daß er nicht wußte, wen er beleidigt hatte und er auch den Pfarrer jetzt noch nicht kenne, wie auch dieser erklärte, daß ihm der Mann unbekannt sei.

Weingarten, 20. Febr. Ein schlechtes Gewissen? Sehr diensteifrig gegenüber Herren der „besseren“ Stände zeigte sich an Faschnacht unsere Gemeindebehörde. Narrenfreiheit wollte sich gegen Herrn Tierarzt Bräuer einen Scherz erlauben. Herr Bräuer rief aber Lunte und es gelang ihm, auf dem Rathaus durchzugehen, daß von dort aus — ein Verbot gegen derlei Faschnachtscherze erlassen wurde. Mit der Gemeindebehörde steht sonst Herr Bräuer gar nicht so gut, er war bisher nicht gut auf sie zu sprechen. Aber jetzt, wo man Angst hatte, man könne in farnebalistischem Sinne etwas berulkt werden, da vergaß man den Groll. Ein Wink genügte. Wir möchten nur die Gemeindebehörde ganz bescheiden fragen, ob sie vielleicht auch so flink zu Diensten gestanden hätte, wenn einige Arbeiter wegen solcher Lappalie bei ihr vorgesprochen hätten? N. A. W. G.

Mannheim, 21. Febr. Die Nacht zum Mittwoch ist ziemlich unruhig verlaufen. Eine Reihe von Verletzten mußten das allgemeine Krankenhaus aufsuchen. In dem Quadrate H 4 entstand gestern Abend 8 Uhr ein Streit, bei dem der 25 Jahre alte Müller Friedrich Weispfänger, wohnhaft Werststraße 29, einen Stich in die Lunge erhielt. Als vermeintlicher Täter kommt ein roter Domino in Betracht, der kurz nach der Tat verhaftet wurde. — Um halb 12 Uhr erhielt der 25 Jahre alte Maschinenarbeiter Albrecht Fildner, wohnhaft Rheinaustraße 1, ebenfalls einen Lungenstich. Beide Schwerverletzten mußten mit dem Sanitätswagen ins allgemeine Krankenhaus überführt werden.

Gernsbach, 21. Febr. Beim Sodawasserfabrikanten Jerspan dem 17 Jahre alten Sohn des Sodawasserfabrikanten Kottler dabei eine Flasche. Dabei durchschnitt ihm ein Glassplitter das Lid des einen Auges und verletzte das Auge schwer. Kottler wurde zur Operation nach Karlsruhe gebracht.

Moos, 21. Febr. In unserem Ort herrscht derzeit unter den Fischern große Aufregung. Der Nachfluß führt eine Menge alte Baumrinne und sonstigen Unrat mit sich, wodurch die Juggarne der den ganzen Winter über arbeitenden Fischer großen Schaden erleiden. Die Störung kommt jedenfalls von einer an der Nach gelegenen Fabrik. Man wird der Sache auf die Spur gehen.

Waibstadt, 21. Febr. Der 10jährige Sohn eines hiesigen Landwirts spielte mit einem Tetsching, ohne zu wissen, daß die Waffe geladen war. Sie entlud sich plötzlich und traf ein drei Monate altes Kind, das an den erlittenen Verletzungen starb.

Untermissleral, 21. Febr. Infolge Scheuens der Pferde stürzte die 78 Jahre alte Frau Johanna Stiegler von hier von dem Wagen des Wäckermeisters Gutmann. Die Verunglückte wurde von dem Wagen überfahren und trug neben einer Verletzung am Auge einen Bruch des Unterarms davon. Bemerkenswert ist, daß die Verunglückte bis zu diesem Unfall betroffen wurde, in ihrem Leben noch nie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Seuten, 21. Febr. In Mainz waren 3 Jungen im Alter von 16-18 Jahren ihren Eltern durchgebrannt. Sie kamen bis ins badische Oberland. Hier nahm man sie fest, weil sie dem Ablenwirte ihre recht erhebliche Reche nicht bezahlten konnten.

Lahr, 20. Febr. Vorgehen nachmittags gingen zwei an ein Fuhrwerk gespannte Pferde, die durch das Wellen eines Hundes scheu geworden waren, mit dem Wagen plötzlich durch und rasten durch verschiedene Straßen. Dabei wurden der Gewerbebeamte Pfisterer, ein Handwerksbursche namens Zähringer und der Straßenwart Kern überfahren. Während der letztere mit leichten Verletzungen davonkam, trugen die beiden anderen erhebliche Verletzungen davon. Pfisterer wurde in seine Wohnung und der Handwerksbursche in das Spital überbracht.

Suggingen, 20. Febr. Beim Futter schneiden geriet in der Scheuer ein dreijähriges Kind in die Transmission eines durch ein Pferd betriebenes Göpelwerks. Das Kind erlitt dadurch schwere Verletzungen. Auf sein Schreien eilte die Besitzerin des Anwesens, die Witwe Fünfgeld, herbei und stellte die Transmission ab, indem sie das Pferd anhielt. Während Frau Fünfgeld dabei war, das Kind aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, fing das Pferd an weiterzulaufen, wodurch die Transmission wieder in Bewegung gesetzt wurde. Frau Fünfgeld wurde nun ebenfalls von der Transmission erfasst, in dieselbe hineingezogen und, bis Hilfe herbeikam, schredlich zugerichtet. Sie erlitt mehrfache Armbrüche und eine Rückenverletzung.

Todman, 20. Febr. Der in den 60er Jahren stehende verheiratete Joh. Eiche hier hat kürzlich großes Unheil angerichtet. Er schlug seiner Hausbesitzerin Ehefrau Strauß ohne den geringsten Anlaß mit einem Hackmesser auf den Kopf, so daß das Blut sofort herunterlief und, nachdem diese die Hände auf den Kopf gehalten, um sich zu schützen, schlug er nochmals zu, wodurch 3 Finger fast abgehauen wurden. Der Täter ist schon längere Zeit arbeitsunfähig und zeigte zeitweise Spuren von Geistesgekränktheit, wurde aber immer für harmlos gehalten. Da der Vorfall ohne jegliche Ursache stattfand, so ist sicher anzunehmen, daß er auf Geistesgekränktheit zurückzuführen ist. Er wurde nach Freiburg in die Irrenklinik verbracht.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 19. Februar.

Auf Urkundenfälschung und Betrug lautete die gegen den Hilfsarbeiter Philipp Jakob Müller aus Singen (Amt Durlach) erhobene Anklage. Der Angeklagte erschwindelte sich mit zwei auf den Namen Robert Gint in Singen gefälschten Zetteln, auf denen um Ueberendung von Bier und Schwären gebeten wurde, von dem Kronenwirt in Singen Ende November 3 Flaschen Bier und 2 Würste, sowie am 10. Dezember 2 Flaschen Bier, 3 Schweinsrippchen und 4 Brote. Der Wirt, der die ihm jeweils von einem Anaben überbrachten Zettel als von Gint stammend ansah und daher auch keine Bedenken trug, das Verlangte abzugeben, wurde um 222 Mk. geschädigt. Der Angeklagte erhielt heute 3 Wochen Gefängnis.

Den könnte man in Berlin brauchen. Eine Anklage wegen Körperverletzung führte den Hilfspolizeidiener Heinrich Drexlner aus Hambühren vor die Strafkammer. Der Angeklagte hatte zu Hambühren am 1. Dezember, nachts 11 Uhr, den Fahrradhändler Schudert von hinten gepackt, geschlagen und zu Boden geworfen, eine halbe Stunde nach diesem Vorgange den Zigarrenwäcker Krempel, weil dessen Fahrrad nicht beleuchtet war, ins Gesicht geschlagen und am 3. Dezember, nachts halb 12 Uhr, dem Krenpel mit einem Stode Schläge auf den Rücken versetzt. Drexlner wurde zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 22. Febr.

Freie Jugend.

Heute Donnerstag Abend 8 Uhr Zusammenkunft in der „Nacht am Rhein“, Ede Garten- und Ritterstraße. Vollzähliger Besuch erforderlich. Gleichzeitig erlauben wir uns, die Gönner und Freunde unserer Sache um ihr Erscheinen zu bitten.

Beierthelm.

In der Generalversammlung des sog. Vereins wurde beschlossen, den hiesigen Verein mit dem Karlsruher sozialdemokratischen Verein zu verschmelzen. Als Vertrauensmann wurde Gen. Valentin Müller und als Einfassierer Gustav Braun gewählt. Den Parteigenossen und Genossen nach Kenntnis, daß die Mitgliederversammlungen nach wie vor jeden ersten Samstag im Monat stattfinden.

Krüppelfürsorge.

G. Nächsten Montag Abend findet im großen Rathsaussaal ein vielversprechender Werbevortrag von Professor Pulpius aus Heidelberg statt, der „Bilder aus der Krüppelfürsorge“ an zahlreichen Lichtbildern erläutern und insbesondere durch eine hochinteressante kinematographische Vorführung genauen Einblick in das wirkliche Leben und Treiben der Krüppelfürsorge aus dem großzügigen Berliner Heim gewähren wird. Diese Vorführung wird außerdem durch Mitteilungen über die Entwicklung der Krüppelfürsorge in Baden von Geheimrat Bede r aus Mannheim, dem Vorsitzenden des Badischen Fürsorgevereins eingeleitet. Der Besuch kann demnach allen Krüppelfreunden dringend empfohlen werden.

Verein Volksbildung.

Sonntag, 25. Februar, nachmittags halb 2 Uhr, findet eine Theatervorstellung statt und zwar wird gegeben „Schuldig“, Volksstück in 3 Akten von Gertrude Billinger. Die Eintrittskarten werden Freitag Abend 8 Uhr abgegeben und zwar für die Mitglieder der freien Gewerkschaften im Restaurant Lichter, alte Brauerei Ged, Kaiserstraße 13, für die Mitglieder des Verbandes süddeutscher Eisenbahner im „Auerhahn“, für diejenigen vom Verband freiwilliger Hilfskassen in der „Wolfschlucht“. Die Mitgliedsbücher sind als Legitimation mitzubringen, können aber erst von halb 7 Uhr an abgegeben werden.

Der deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Karlsruhe

beröffentlicht seinen Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1911. Die Entwicklung der Organisation war, wenn auch der Erfolg der Hausagitation infolge des immer noch nicht genügenden Verständnisses vieler Arbeiterkreise nicht befriedigend, eine zufriedenstellende. Recht erfreuliche Erfolge zeitigte die Agitation unter den Bauhilfs- und Erdarbeitern. Die Erkenntnis, daß nur Einigkeit zum Ziele führt, dringt immer mehr durch. Die Lohnbewegungen, welche teilweise ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt werden konnten, brachten einzelne schöne Resultate. An Lohnerböhrungen wurden erreicht für 277 gelernte Arbeiter (Maurer und Zementierer), für 59 Bauhilfsarbeiter und für 808 Erdarbeiter pro Kopf wöchentlich 4,08 Mk. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde insgesamt für 1144 Kollegen am wöchentlich je eine Stunde erzielt. Die Zulagen wurden wie folgt geregelt: für Ueberstunden 15 Pf. für Arbeit an Sonn- und Feiertagen 100 Proz., für Nacharbeit 50 Proz., für Wasserarbeit 50 Proz. Außerdem wurden verschiedene Differenzen teils schriftlich, teils durch mündliche Verhandlungen erledigt. Ein trauriges Zeichen ist es, daß einzelne organisierte Arbeiter sich zur Ueberfreitung der Arbeitszeit anboten. Das V a u d e l e g i e r t e n s y s t e m hat sich überall dort, wo es mit Energie durchgeführt wurde, bewährt. Im ganzen fanden in Karlsruhe und Durlach 12 Baudelegiertenversammlungen, 347 Versammlungen und 21 Bezirkskonferenzen statt. Der Mitgliederstand hat sich von 1303 Mitgliedern auf 2293 erhöht, was eine Zunahme von 994 Mitgliedern ergibt. Wenn es gelingt, den Geist der Solidarität und Kollegialität immer mehr zu befestigen, wird der endliche Sieg nicht ausbleiben. Jede jedes einzelnen ist es daher, in diesem Sinne zu wirken!

Geschäftsbericht der Metallarbeiter.

II.

B. Verwaltung. Die Verwaltungsstelle Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat 4 besoldete Beamte, davon sind 3 im Karlsruher Bureau tätig, einer hat seinen Sitz in Gaggenau und neben Gaggenau auch noch den Bezirk Kastatt zu bearbeiten. Außerdem ist in Karlsruhe ein besoldeter Einkassierer angestellt. Wenn nun der Kritiker Zweifel hegen sollte, ob auch all die angestellten Personen voll beschäftigt sind, so braucht er nur einen Blick in den Jahresbericht zu werfen, und er wird sich halb davon überzeugen können, daß in dem ausgedehnten Bezirk mit stark durchsetzter Metallindustrie Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Neben der Erledigung der an sich schon sehr umfangreichen Bureauarbeiten waren, wie wir dem Bericht entnehmen, zur Erledigung der Geschäfte 56 Sitzungen der Verwaltung, 123 Versammlungen der Vertrauensleute, 20 öffentliche, 32 Branchenerwerbungen, 301 Versammlungen, 156 Mitgliederversammlungen, 151 Kommissionsitzungen und schließlich 27 Unterhandlungen mit den Unternehmern notwendig, das sind zusammen 866 Sitzungen und Versammlungen. Hausagitation wurde im Gegensatz zum Vorjahr nur in Etlingen getrieben und konnte trotz des harten Wobens, der dort zu bearbeiten ist, die Mitgliederzahl erheblich erhöht werden. Diese Hausagitation wurde in der Hauptsache von den Etlinger Mitgliedern selbst bewerkstelligt. Ein großer Wert wurde von seiten der Verwaltung auf die gewerkschaftliche Durcbbildung gelegt. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde eine Anzahl Mitglieder rechnerisch herangebildet. Jeder einzelne erhielt ein bestimmtes Vortragskennzeichen auf gewerkschaftlichem oder sozialpolitischem Gebiete zur Bearbeitung zugeordnet. Das Material hierzu wurde von der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Durch diese Einrichtung konnte die Verwaltung allen Ansprüchen, die in Bezug auf Versammlungen gestellt wurden, gerecht werden und hat diese Einrichtung sich auch sonst auf das Beste bewährt. Auch über das Versammlungsleben hinaus war die Verwaltung bestrebt, dem Bildungsbefürfnis der Mitglieder

weitem... Stutgart... Personen... Baden... Seite 7.

weitem Maße Rechnung zu tragen. Herr Schürmann Stutgart hielt in 15 Orten Lichtbildvorträge, die von 176 Personen besucht waren; weitere 5 Vorträge wurden von 176 Personen besucht...

Den drei Bibliotheken wurde auch im letzten Geschäftsjahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt, sie erhielten erheblichen Zuwachs. Die Zahl der ausgeliehenen Bücher betrug 1423, die Zahl der Leser 362 und zwar in Karlsruhe 187, in Durlach 126 und in Maltatt 49.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 15. Februar.

Beitrag der Stadt für deutsche Schulen im Auslande. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, Ortsgruppe Karlsruhe, teilt mit, daß er den ihm für das Jahr 1911 bewilligten Beitrag der Stadt mit 500 Mk. für deutsche Schulen in armen Ländern Süditaliens, des Böhmer Waldes, der Stadt Sao Paulo (Brasilien) und zur Unterstützung eines der Hochschule besuchenden armen Schwaben aus Süddeutschland verwendet habe.

Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Als Beihilfe zu den Kosten der von dem Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eingerichteten Beratungsstelle für Alkoholtrinker wird die Summe von 300 Mk. im Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags vorgesehn.

Kaiser Wilhelm-Stiftung. Der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden, Bezirksverein Karlsruhe, wird als Zuschuß zur Erfüllung ihrer Aufgaben - Unterstützung armer bedürftiger Kriegsinvaliden - die Summe von 700 Mk. aus dem Grätlich-Rheinfelden-Nachlaß zur Verfügung gestellt.

Wänderung der ortspolizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Kur- und Kindermilch. Es hat sich das Bedürfnis nach einer Milderung der ortspolizeilichen Vorschriften vom 22. Juli 1904, den Verkehr mit Kur- und Kindermilch betr., in der Richtung ergeben, daß die Einfuhrung auch anderer als den Mischungen angehöriger Milchtiere gestattet, die Vorschriften über die Unterbringung der Tiere dem heutigen Stande der Veterinärwissenschaft angepaßt und endlich die Bestimmungen über die Fütterung der Milchtiere in einigen Punkten abgeändert werden. Die hierauf bezüglichen Vorschläge der Schlacht- und Viehhofdirektion werden dem großh. Bezirksamt mit dem Ersuchen um entsprechende Milderung der erwähnten Vorschriften vorgelegt.

Trinkwasserbrunnen beim Wasserwerk. Neben dem Eingang zum städtischen Wasserwerk soll für die auf den benachbarten Gärten befindlichen spielenden Kinder ein Trinkwasserbrunnen, der zugleich auch mit Einrichtungen zur Tränke von Hunden, Vögeln und dergleichen versehen ist, angelegt werden. Hierfür werden 250 Mk. aus laufenden Mitteln bewilligt.

Motorboot für den Rheinhafen. Das für den Rheinhafen anzuschaffende große Motorboot, das zur Beförderung von Besuchern der Badeanstalten in Wozau, zum Schleppen von Leertähnen und als Feuerlöschboot für den Hafen dienen wird, soll mit einem Spülbooger nach dem System des hiesigen Piloten Franz Kreh ausgerüstet werden, um diese Einrichtungen, die dazu dient, Kiesbänken im Flußbett zu beseitigen, praktisch zu erproben. Die Kosten betragen etwa 1000 Mk. Durch Vereinfachung der für das Boot vorgesehenen Landesvorrichtungen wird ein größerer Betrag erspart werden.

Verkaufung des Stadtwesens. Das großh. Oberverwaltungsamt teilt mit, daß das infolge Verkaufung des Stadtwesens zu errichtende Dienstgebäude für das künftige Jahr im Laufe des Jahres nicht mehr fertiggestellt oder jedenfalls nicht mehr bezogen werden könne und sucht darum nach, daß ihm die bezogene werden könne und sucht darum nach, daß ihm die bezogene werden könne...

Bei der städtischen Sparkasse betrug im Monat Januar die Zahl der Einlagen 11207 (1911: 11297) mit einem Gesamtbetrag von 1482434 Mk. (1418058 Mk.). Davon entfallen 307910 Mk. (282790 Mk.) auf 1018 (1027) Neueinlagen. Abhebungen fanden 6316 (6053) statt im Betrage von 1081999 Mk. (1079972 Mk.).

Selbstmord. In einem Hause der Südweststadt erhängte sich gestern Nachmittag eine 68 Jahre alte Witwe, welche schon seit längerer Zeit an Schwermut litt.

Anfall. Beim Abladen eines 150 Liter haltenden Weinfasses vor einer Wirtschaft in der Werderstraße ist gestern Vormittag ein Fuhrmann aus Durlach ausgeglitten und zu Boden gestürzt, wobei ihm das Fass auf den rechten Oberschenkel fiel. Der Fuhrmann hat dadurch so schwere Verletzungen davongetragen, daß er mittels Krankenautos in seine Wohnung nach Durlach überführt werden mußte.

Gefährliches Parfum. Am Dienstag Abend hat in einer Wirtschaft in Mülzburg ein 15jähriges Mädchen einen 18jährigen Burschen mit Parfum besprüht, wobei demselben auch einige Tropfen in die Augen kamen. Das Parfum hatte eine derart schädigende Wirkung, daß der junge Mann noch in der Nacht in die Augenklinik des Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Kühlen Krug findet nächsten Sonntag von 4-8 Uhr das diesjährige Starkbierfest (Bürgerbräu Karlsruhe) statt. Zur Unterhaltung ist die Artillerie-Kapelle der 14er unter Musikmeister dieses Leitung gewonnen worden. Außerdem wird auch Rathherr 'Badenia-Müller' mit seinen Schlagern für die nötige Stimmung sorgen.

Letzte Nachrichten.

Bassermann Präsident.

Berlin, 21. Febr. Nach der 'Täglichen Rundschau' sollen die Konservativen dem Abgeordneten Bassermann das Reichstags-Präsidium angeboten haben.

Wahlprüfungen.

Berlin, 21. Febr. Die Abteilungen des Reichstages trafen heute zusammen, um die eingegangenen Wahl-Protokolle auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und diejenigen Mandate, gegen die Wahl-Protokolle nicht eingegangen sind, für gültig zu erklären. Zwei Abteilungen konnten wegen ungenügender Beteiligung nicht in Tätigkeit treten. Im übrigen wurden 80 Mandate der Wahlprüfungs-Kommission überwiesen, gegen die zulässige Proteste vorliegen. Die Wahlprüfungs-Kommission hat entsprechend einer Vereinbarung mit dem Senioren-Konvent die Absicht, ein starkes Tempo in ihre Beratungen zu legen und die von ihr ermittelten Wahlprüfungen sollen dann möglichst sofort vom Plenum erledigt werden.

Bergarbeiter-Bewegung in England und Westfalen.

London, 21. Febr. Die Verständigungs-Konferenz zwischen den englischen Grubenbesitzern, die gestern hier tagte, verlief fruchtlos. Die Besitzer legten den Arbeiter-Vertretern ihre Bedingungen vor, unter denen sie bereit seien, einen Mindestlohn im Prinzip anzunehmen. Die Arbeiter-Delegierten schlugen jedoch die Bedingungen glatt ab. Gestern Nachmittag fand ein Kabinettsrat über die Bergarbeiter-Bewegung statt. Das Resultat ist noch nicht offiziell bekannt gegeben, doch behaupten die Abendblätter, die Regierung werde im Falle des Fehlschlagens der Konferenz von Besitzern und Grubenarbeitern eine Intervention beschließen. Die Gewerkschaft der Bergleute sucht Wertpapiere, in denen ihre Streikfonds investiert sind, zu lombardieren, wurde aber abgewiesen.

London, 21. Febr. Der Premierminister Asquith über sandte den Vertretern der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter-Vorstände eine briefliche Aufforderung, sich am Donnerstag zu einer Konferenz bezugs Abwendung des internationalen Kohlenarbeiterstreiks bei ihm einzufinden.

Bochum, 21. Febr. Hier hat eine neue Konferenz von Vertretern der an der Lohnangelegenheit beteiligten Verbände stattgefunden, in der zu der Antwort des Beschen-Verbandes Stellung genommen und über die weiter einzuschlagenden Schritte Beschluß gefaßt wurde. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird noch Stillschweigen bewahrt. Am näch-

sten Sonntag finden im Ruhrgebiet eine Reihe von Massenversammlungen in der Bergarbeiter-Lohnfrage statt. Die bedeutendste wird diejenige im Bochumer Schützenhause sein, in der die Führer der Bewegung sprechen. Außerdem sind Versammlungen in Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen, Wanne, Recklinghausen, Herne, Hamm usw. geplant.

Bochum, 22. Febr. An der Spitze der Forderungen der Ruhrbergleute stehen die Erhöhung des Durchschnittslohnes um 15 Prozent und die Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiten. Weiter wird verlangt Festlegung der Abschlagszahlung auf den 25. jeden Monats, die Einführung der 8 Stunden-Schicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt, sowie die 7- oder 6stündige Schicht an heißen Arbeitsstellen.

Wasserstand des Rheins.

22. Februar. Schifferinsel 1.10 m, gef. 0 cm, Rehl 1.94 m, gef. 1 cm, Marau 3.45 m, gef. 1 cm, Mannheim 2.68 m, gef. 0 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

A. B., hier. Zwangs-Markstücke mit dem Bildnis des Kaisers Friedrich haben an sich keinen höheren Wert als andere Zwangs-Markstücke auch; Liebhaber aber geben dafür mehr.

J. K. Geheime Abstammung gibt es in der Bürgeraus-schreibung nicht.

A. S. S. Kommen Sie mit den sämtlichen vorhandenen Briefen in unsere Sprechstunde. Wir werden versuchen, die Sache in Ordnung zu bringen.

Geschäftliches.

Bratgerstsuppe. Für 6 Personen. Zubereitungszeit ¼ Stunden. In 30 Gramm Butter röstet man 150 Gramm geriebene Brot schön gelb, läßt etwas abkühlen und schlägt dann unter beständigem Rühren 3 Eier dazu, gießt dann langsam aus 3 Maggis Bouillonwürfeln bereitete Brühe darüber, läßt die Suppe einmal unter beständigem Rühren aufkochen, würzt mit 8 Tropfen Maggis Würze, Salz und Pfeffer und richtet an.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Heute Donnerstag halb 9 Uhr Singstunde. Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Sängerbund.) Den verehrlichen Bezirksvereinen zur Nachricht, daß die fällige Sänger-Zeitung von heute ab im Lokal zum 'Luchshorn', Schützenstraße 58, zum Abholen bereit liegt. Wir erjuchen die verehrlichen Vereinsvorstände, dies baldigst zu bewerkstelligen. Die Bezirksleitung, 5670

Durlach. (Gesangsverein Freiheit.) Freitag, 23. Febr., abends halb 10 Uhr, nach der Singstunde im 'Darmstädter Hof' außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Hierzu wollen die aktiven und passiven Mitglieder der volljährig erscheinen. 5676

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Nächsten Samstag Abend findet im Vereinslokal Versammlung statt. 1. Abrechnung vom 2. Quartal und Winterfest, 2. Stadterordnetenwahlen, 3. Stellungnahme zur Kreisversammlung und Wahl der Delegierten hierzu. 5678

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen.

Forchheim. Sonntag den 25. Februar, mittags 1 Uhr, im Gasthaus zur Linde in Forchheim

öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Der bekannte christliche Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter auf dem Mitgliederfang auf der Hardt.

Referent: Gewerkschaftssekretär August Hipp. Zu dieser Versammlung ist die gesamte Arbeiterschaft von Forchheim eingeladen. - Freie Diskussion wird gewährleistet. - Darum erscheint pünktlich. 5674 Der Einberufer.

Residenz-Theater Waldstrasse 30 Programm von Mittwoch den 21., Donnerstag, den 22. und Freitag 5677 den 23. Februar 1912.

Die Sonne bringt es an den Tag. Wunderbares Drama.

Tontolini zwischen vier Feuern. Humoreske. In den Bergen von Savoyen auf einer Gemsen-Jagd. Entzückende Naturaufnahme. Amor und der Pfandschein. Lachpille. Ein Dorfsidg. Tonbild. Rechtzeitig zum Druck. Sensationelles Drama. Dem Laster entrisen. Dramatisch. Aktueller Tagesbericht im Film. Leo als Bazillenträger. Kinematographische Posse.

Carl König Dentist. KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b. Telefon 2451. Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Anzüge nach Mass in eleg. Ausführung aus hochmodernen, dauerhaften Stoffen. Mk. 45.- 50.- 55.- 60.- 65.- etc. Modernster Schnitt. Vorzüglicher Sitz. Reichhaltig. Stofflager. Julius Löwe Karlsruhe 25 Werderplatz 25.

Wilhelmstr. 15. Mit auf 1. April eine freundliche Manfarden-Wohnung, drei Zimmer, Glasabfluß, Gas u. c. an ruhige Mieter zu vermieten. Näheres im 3. Stod. 5564

Diwan. Neue, bessere Plüsch- und Taschen-Diwans werden unter Garantie von 35 u. 42 Mk. an verkauft. Keine Zabeilw. 5585 R. Köhler, Tapezier. Schützenstraße 58, 2. Stod.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Cheaufgebot vom 21. Februar 1912: Karl Gremmelmaier von Bergshausen, Schlosser hier, mit Rosa Schmidt von hier, Geburten vom 14. bis 20. Februar 1912: Jakob Otto Julius, Vater Julius Krauß, Vater, Lucie Käthe, Vater Wilh. Böhmman, Vadofenbauer. Eugen Paul, Vater Oskar Hänel, Vize-Photograph. Anneliese Ethica Clara, Vater Christ. Winger, selbweib. Mathilde Hermine Berta, Vater Christ. Anna Luise, Arthur Wilhelm, Vater Georg Fleck, Küfer. Elisabeth Anna Luise, Vater Josef Weitzher, Postbote. Mathilde Vater Franz Drapp, Radier. Elsa Anna Karola, Vater Karl Hf., Schlossermeister. Hilba, Vater Hugo Stoll, Schlosser. Todesfälle vom 19. und 20. Februar 1912: Alf, alt 2 Jahre, Vater Karl Leopold Frank, Kaufmann. Friederike Reif, Pfliegerin, lebig, alt 59 Jahre. Regine Winkler, alt 59 Jahre, Ehefrau des Rechtsagenten Johann Winkler. Elsa, alt 6 Monate, 28 Tage, Vater Johann Gerber, Tagelöhner. Georg Grimm, 28 Tage, alt 58 Jahre. Rosine Wolf, alt 67 Jahre, Eisenhauer, lebig, alt 58 Jahre. Alois alt 9 Monate 27 Tage, Ww. des Tagelöhners Gottlob Wolf. Auguste Hellmann, Dienstmagd, Vater Karl Hild, Milchhändler. Auguste Hellmann, Dienstmagd, lebig, alt 24 Jahre. Hedwig alt 9 Monate 1 Tag, Vater Julius Weber, Wirt. Max, alt 2 Monate 14 Tage, Vater Karl Knecht Pader.

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in Christ. Oertel · Karlsruhe guter Ausführung Kaisersstr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.

